

LANGUAGE:	DE
CATEGORY:	ORIG
FORM:	F24
VERSION:	R2.0.9.S03
SENDER:	ENOTICES
CUSTOMER:	iuscomm
NO_DOC_EXT:	2019-026300
SOFTWARE VERSION:	9.10.4
ORGANISATION:	ENOTICES
COUNTRY:	EU
PHONE:	/
E-mail:	zentrale@iuscomm.de
NOTIFICATION TECHNICAL:	/
NOTIFICATION PUBLICATION:	/

## Konzessionsbekanntmachung

### Dienstleistungen

#### Legal Basis:

Richtlinie 2014/23/EU

#### **Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber**

##### I.1) **Name und Adressen**

Zweckverband Breitband Breisgau-Hochschwarzwald  
Stadtstraße 2  
Freiburg (Breisgau)  
79104

Deutschland

Kontaktstelle(n): Alexander Schmid

Telefon: +49 761/21875360

E-Mail: [a.schmid@zvbbh.de](mailto:a.schmid@zvbbh.de)

NUTS-Code: DE131

##### **Internet-Adresse(n):**

Hauptadresse: <https://www.www.zvbbh.de>

##### I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: [https://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard\\_off/1080aa0e-733d-4c24-a4d7-f32ff4f3b3f6](https://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/1080aa0e-733d-4c24-a4d7-f32ff4f3b3f6)

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Bewerbungen oder gegebenenfalls Angebote sind einzureichen elektronisch via: <https://www.deutsche-evergabe.de>

Im Rahmen der elektronischen Kommunikation ist die Verwendung von Instrumenten und Vorrichtungen erforderlich, die nicht allgemein verfügbar sind. Ein uneingeschränkter und vollständiger direkter Zugang zu diesen Instrumenten und Vorrichtungen ist gebührenfrei möglich unter: <https://www.deutsche-evergabe.de>

##### I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Einrichtung des öffentlichen Rechts

##### I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Andere Tätigkeit: Verbesserung der Breitbandversorgung

#### **Abschnitt II: Gegenstand**

##### II.1) **Umfang der Beschaffung**

##### II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Überlassung passiver Infrastrukturen durch den Zweckverband Breitband Breisgau-Hochschwarzwald zur Sicherstellung einer NGA-Breitbandversorgung im Wege der Dienstleistungskonzession

##### II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

64214400

##### II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

##### II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Der Auftraggeber sieht in der Versorgung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Gewebetreibenden mit leistungsfähigen und zukunftsgerichteten Breitbanddiensten einen wichtigen Auftrag im Sinne der Daseinsvorsorge sowie der Standortsicherung. Deshalb errichtet der Auftraggeber für die unter II.2.4 aufgeführten Städte und Gemeinden im Gebiet Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald passive Infrastrukturen zur Verbesserung der Breitbandversorgung in Form von Hoch- oder Höchstgeschwindigkeitsnetzen bzw. NGA-Netzen nebst Backbonenetz (passive Infrastruktur). Die passiven Infrastrukturen werden dem Auftragnehmer gebündelt über den Auftraggeber im Wege der Pacht zum Netzbetrieb überlassen. Im Regelfall ist der Auftraggeber Eigentümer der passiven Infrastrukturen, wobei Abweichungen hiervon möglich sind (z.B. bei Anpachtstrecken, auf Privatgrund etc.). Näheres wird im weiteren Verfahren mitgeteilt.

**II.1.5) Geschätzter Gesamtwert**

Wert ohne MwSt.: 89 807 400.00 EUR

**II.1.6) Angaben zu den Losen**

**II.2) Beschreibung**

**II.2.1) Bezeichnung des Auftrags:**

**II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)**

**II.2.3) Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE132

Hauptort der Ausführung:

Städte und Gemeinden auf Gemarkung des Landkreises Breisgau-Hochschwarzwald

**II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:**

Der Auftraggeber errichtet für die nachfolgend aufgezählten Städte und Gemeinden im Gebiet Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald passive Infrastrukturen zur Verbesserung der Breitbandversorgung in Form von Hoch- oder Höchstgeschwindigkeitsnetzen bzw. NGA - Netzen nebst Backbonenetz (passive Infrastruktur). Betroffen sind die Gemarkungen folgender Städte und Gemeinden im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald: Au, Auggen, Bollschweil, Bötzingen, Breisach am Rhein, Breitnau, Buchenbach, Ebringen, Ehrenkirchen, Eisenbach (Hochschwarzwald), Eschbach, Feldberg (Schwarzwald), Friedenweiler, Glottertal, Gottenheim, Gundelfingen, Hartheim am Rhein, Heitersheim, Heuweiler, Hinterzarten, Horben, Ihringen, Kirchzarten, Lenzkirch, Löffingen, March, Merdingen, Merzhausen, Müllheim, Neuenburg am Rhein, Oberried, Pfaffenweiler, Schallstadt, St. Märgen, St. Peter, Stegen, Titisee-Neustadt, Umkirch, Vogtsburg im Kaiserstuhl, Wittnau. Die passiven Infrastrukturen werden dem Auftragnehmer gebündelt über den Auftraggeber im Wege der Pacht zum Netzbetrieb überlassen. Im Regelfall ist der Auftraggeber Eigentümer der passiven Infrastrukturen, wobei Abweichungen hiervon möglich sind (z. B. bei Anpachtstrecken, auf Privatgrund etc.). Näheres wird im weiteren Verfahren mitgeteilt.

Im Rahmen der Einräumung des Nutzungsrechtes zugunsten des erfolgreichen Bieters steht es dem Auftraggeber im Übrigen frei, ob er die erforderlichen Infrastrukturen selbst (im Eigentum) errichtet oder das Nutzungsrecht dem Auftragnehmer über eine entsprechende An- und Weiterverpachtung eingeräumt wird. Der Netzbetrieb sowie das Anbieten von Mehrfachdiensten wird hiermit auf der Grundlage der Ausschreibungsunterlagen im Wege einer Dienstleistungskonzession ausgeschrieben und an einen privaten Dienstleister als Auftragnehmer vergeben. Der Bieter hat somit als Konzessionär den Netzbetrieb und die Mehrfachdienste gegenüber den Endkunden gegen Entgelt zur Verfügung zu stellen. Die Überlassung der passiven Infrastrukturen durch den Auftraggeber an den Auftragnehmer erfolgt im Wege der Pacht auf Grundlage eines Netzbetriebsvertrages, der mit Zuschlagserteilung an den obsiegenden Bieter zustande kommt.

**II.2.5) Zuschlagskriterien**

Die Konzession wird vergeben auf der Grundlage der nachstehenden Kriterien:

- Kriterium: 55 % Nutzungsgebühr
- Kriterium: 45 % Versorgungskonzept

II.2.6) **Geschätzter Wert**

II.2.7) **Laufzeit der Konzession**

Laufzeit in Monaten: 180

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

**Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen, Angabe der erforderlichen Informationen und Dokumente:

- Bescheinigung nach § 6 TKG oder entsprechende Eigenerklärung
- Vorlage eines Handelsregisterauszugs, nicht älter als 12 Monate ab EU-Bekanntmachung dieser Ausschreibung
- Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit gemäß Formblatt Zuverlässigkeit zur Bewerbung
- Eigenerklärung darüber, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 3 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (MiLoG) nicht vorliegen gemäß Formblatt MiLoG zur Bewerbung
- Vorlage der Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz – LTMG) gemäß Formblatt LTMG der Bewerbung
- Angabe eines verantwortlichen Ansprechpartners gemäß Formblatt Ansprechpartner zur Bewerbung
- Bestätigung gemäß Formblatt Schwarzarbeit zur Bewerbung

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien, Angabe der erforderlichen Informationen und Dokumente:

- Eigenerklärung über das Bestehen oder Vorlage einer Bankerklärung über den Abschluss einer Betriebshaftpflichtversicherung einschließlich Vermögensschadenversicherung mit einer Mindestdeckungssumme in Höhe von 10.000.000,00 Euro je Einzelfall für Personen- und Sachschäden und für Vermögensschäden in Höhe von 1.000.000,00 Euro je Einzelfall im Falle der Zuschlagserteilung gemäß Formblatt Versicherung der Bewerbung. Bei Bewerbungsgemeinschaften ist es ausreichend, dass einer der Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft über eine Versicherung in entsprechender Höhe verfügt bzw. diese im Falle der Zuschlagserteilung stellt
- Eigenerklärung über den Jahresumsatz einschließlich Umsatz im Tätigkeitsbereich des ausgeschriebenen Auftrages sowie Informationen über Bilanzen gemäß Formblatt Umsatz zur Bewerbung. Der Mindestumsatz brutto (einschl. MwSt) der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre muss dabei mindestens 8 Mio. EUR je Geschäftsjahr betragen haben. Bei Bietergemeinschaften wird der Umsatz aller Mitglieder der Bietergemeinschaft addiert.

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien, Angabe der erforderlichen Informationen und Dokumente:

- Eigenerklärung zum Firmenprofil gemäß Formblatt Firmenprofil zur Bewerbung.
  - Erklärung über die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens und die Zahl der Führungskräfte in den letzten drei Jahren sowie Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen, unabhängig davon, ob diese dem Unternehmen angehören oder nicht (Erl.: Technische Fachkräfte in diesem Sinne sind die in dem für den Ausschreibungsgegenstand relevanten Bereich qualifizierten Mitarbeiter). Für die Erklärung ist das Formblatt Mitarbeiter zur Bewerbung zu verwenden. Es müssen mindestens 30 Vollzeitäquivalente mit technischen Fachkräften in vorbeschriebenem Sinne eingesetzt werden.
  - Darstellung der Referenzen gemäß Formblatt Referenzen zur Bewerbung mit Darstellung der in den letzten drei Jahren erbrachten, mit dem ausgeschriebenen Leistungsgegenstand und Auftragsvolumen vergleichbaren Leistungen bzw. durchgeführten Maßnahmen (auch Aufnahme der zurzeit laufenden, aber noch nicht vollständig erfüllten Aufträge) mit sämtlichen im Formblatt Referenzen zur Bewerbung geforderten Angaben. Es sind mindestens 3 vergleichbare Referenzen zu benennen.
  - Benennung der Teile des Auftrages, die unter Umständen als Unteraufträge an Unterauftragnehmer vergeben werden sollen gemäß Formblatt Unterauftragnehmer zur Bewerbung, falls die Beauftragung von Unterauftragnehmern beabsichtigt ist.
  - Verpflichtungserklärungen der Unterauftragnehmer gemäß Formblatt Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer zur Bewerbung. Hinsichtlich der finanziellen Leistungsfähigkeit ist gemäß Vorgabe im Formblatt Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer zur Bewerbung im Falle der Eignungsleihe zu bestätigen, dass die Unternehmen gemeinschaftlich für die Vertragsdurchführung haften.
  - Bei der Bildung von Bewerbergemeinschaften: Beschreibung der Aufgabenteilung bzw. Auftragsanteile sowie Vorlage sämtlicher unter Ziffer 7. geforderter Erklärungen für alle Unternehmen der Bewerbergemeinschaft sowie Vorlage einer Eigenerklärung über die Bildung einer Bietergemeinschaft und die gesamtschuldnerische Haftung sowie Benennung eines bevollmächtigten Vertreters gemäß Formblatt Bewerbergemeinschaft zur Bewerbung.
- Zur Eignungsprüfung kann darüber hinaus die Vorlage weiterer Nachweise, Bescheinigungen oder Erklärungen zur Beurteilung der Fachkunde, Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit verlangt werden.

### III.1.5) **Angaben über vorbehaltene Konzessionen**

#### III.2) **Bedingungen für die Konzession**

##### III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

##### III.2.2) **Bedingungen für die Konzessionsausführung:**

##### III.2.3) **Angaben zu den für die Ausführung der Konzession verantwortlichen Mitarbeitern**

Pflicht zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Mitarbeiter, die für die Ausführung der betreffenden Konzession eingesetzt werden

## **Abschnitt IV: Verfahren**

### IV.2) **Verwaltungsangaben**

#### IV.2.2) **Schlussstermin für die Einreichung der Bewerbungen oder den Eingang der Angebote**

Tag: 26/03/2019

Ortszeit: 11:00

#### IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

## **Abschnitt VI: Weitere Angaben**

### **VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

### **VI.2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

### **VI.3) Zusätzliche Angaben:**

Falls mehr als 5 Bewerbungen geeigneter Bewerber vorliegen, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmerzahl für das weitere Verfahren auf 5 Bewerber zu begrenzen. Im Falle der Begrenzung des weiteren Wettbewerbs werden die 5 Bewerber zum weiteren Verfahren zugelassen, die in Summe die höchste Punktezahl erreichen. Falls die Vergabestelle von dieser Möglichkeit zur Begrenzung des Teilnahmewettbewerbs Gebrauch macht, erfolgt die Eignungsauswahl nach folgenden Kriterien:

a) Bewertet wird die Umsatzentwicklung des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren. Dies auf Grundlage der Erklärung zum Umsatz im Formblatt Umsatz nach Ziffer 7.1. lit i).

Dabei werden die Punkte für die Eignungswertung wie folgt vergeben:

Wird der unter Ziffer 7.1. lit i) vorgegebene Mindestumsatz nicht erreicht, wird der Bewerber vom weiteren Verfahren ausgeschlossen. Im Übrigen gilt folgendes:

Bei Angabe eines Umsatzes von mehr als 8 Mio. Euro brutto (einschl. MwSt.) erfolgt folgende Punktevergabe:

≥ 8 Mio. Euro brutto (einschl. MwSt.) bis 15 Mio. Euro brutto (einschl. MwSt.) = 1 Punkt

≥ 15 Mio. Euro brutto (einschl. MwSt.) bis 22 Mio. Euro brutto (einschl. MwSt.) = 2 Punkte

≥ 22 Mio. Euro brutto (einschl. MwSt.) bis 29 Mio. Euro brutto (einschl. MwSt.) = 3 Punkte

≥ 29 Mio. Euro brutto (einschl. MwSt.) bis 36 Mio. Euro brutto (einschl. MwSt.) = 4 Punkte

≥ 36 Mio. Euro brutto (einschl. MwSt.) = 5 Punkte

b) Bewertet wird die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bewerbers nach Ziffer 7.1 lit. k).

Grundlage sind dabei die Angabe des Bewerbers im Formblatt Mitarbeiter, wobei wiederum der Durchschnitt der angegebenen Anzahl der in den letzten drei abgeschlossenen

Geschäftsjahren je Jahr angegebenen Mitarbeiteranzahl der Eignungswertung zugrunde gelegt wird.

Dabei erfolgt folgende Punktevergabe:

≥ 30 Mitarbeiter bis 50 Mitarbeiter = 1 Punkt

≥ 50 Mitarbeiter bis 80 Mitarbeiter = 2 Punkte

≥ 80 Mitarbeiter bis 120 Mitarbeiter = 3 Punkte

≥ 120 Mitarbeiter bis 150 Mitarbeiter = 4 Punkte

≥ 150 Mitarbeiter = 5 Punkte

c) Bewertet werden die Angaben zu den Referenzen der letzten drei Jahre gemäß Ziffer 7.1 lit. l. Grundlage der Wertung sind die Angabe gemäß Formblatt Referenzen.

Vom Bewerber sind min. 3 Referenzen anzugeben. Eine Angabe von weniger als 3 Referenzen führt zum Ausschluss vom Verfahren.

d) Bei Angabe von mehr als 3 Referenzen werden die 5 besten Referenzen in diesem Sinne für die Wertung ausgewählt und bewertet. Es dürfen vom Bewerber maximal 10 Referenzen angegeben werden. Benennt der Bewerber gleichwohl mehr als 10 Referenzen, werden bei der

Wertung nur die an der Rangstelle 1 bis 10 vom Bewerber angegebenen Referenzen für die Auswahl der 5 besten Referenzen berücksichtigt. Die freiwillige Vorlage einer über 5 hinausgehenden Anzahl an Referenzen durch den Bewerber führt nicht zu einer erhöhten

Punktevergabe. Jede Referenz wird mit max. 9 Punkten und gemäß folgendem Verteilungsmaßstab bewertet.

Die Punktevergabe je gewerteter Referenz erfolgt dabei wie folgt:

Anzahl versorgter Endkunden FTTB/H:

≥ 250 = 1 Punkt

≥ 1.500 = 2 Punkte

≥ 5.000 = 3 Punkte

≥ 20.000 = 4 Punkte

≥ 50.000 = 5 Punkte

Offener und nichtdiskriminierungsfreier Netzzugang auf Vorleistungsebene: = zzgl. 2 Punkte

Übernahme von Wartungs-/Instandhaltungs- und Instandsetzungspflichten: = zzgl. 2 Punkte

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Durlacher Allee 100

Karlsruhe

76137

Deutschland

Telefon: +49 7219268730

Fax: +49 7219263985

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Ein Bieter, der den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrages erkannt hat, muss dies gegenüber dem Auftraggeber innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen rügen. Der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt davon unberührt. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die für den Bieter aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen bis spätestens zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen vom Bieter spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder bis zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. Hilft der Auftraggeber der Rüge nicht ab, ist der Nachprüfungsantrag spätestens innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, zu stellen. Ergänzend wird auf die Regelung des § 160 GWB verwiesen. Die Vergabestelle wird vor Zuschlagserteilung die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, hiervon in Textform in Kenntnis setzen. Bei schriftlicher Mitteilung darf der Vertrag erst 15 Kalendertage, bei Mitteilung durch Telefax erst 10 Kalendertage nach der Absendung dieser Information abgeschlossen werden (vgl. § 134 GWB).

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Durlacher Allee 100

Karlsruhe

76137

Deutschland

Telefon: +49 7219268730

Fax: +49 7219263985

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

20/02/2019